

„Linksextrem“ – was ist das eigentlich?

// Seit zwei Jahren fördert das Bundesfamilienministerium Projekte gegen „Linksextremismus“. Das stößt nicht nur in der Fachöffentlichkeit auf Kritik. An den Grundannahmen des Programms, das auf einem fragwürdigen Extremismusbegriff basiert, zweifelt auch dessen wissenschaftliche Begleitung. //

In den vergangenen Jahren kritisierten konservative Politiker und Wissenschaftler zunehmend, Politik habe sich zu lange auf den Rechtsextremismus konzentriert. Sie warnten, die „Gefahr des Linksextremismus“ werde unterschätzt. Ähnliche Diskussionen finden in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen statt. Kolleginnen und Kollegen müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie sich gegen Rechts engagieren und erklären, warum sie nicht auch

Projekte gegen „Linksextremismus“ machen. Dabei ist nicht nur die immer mitschwingende Gleichsetzung beider Extreme äußerst fragwürdig, zumal sich das Phänomen „Linksextremismus“ kaum einheitlich bestimmen lässt. Kein Wunder, dass die vom Familienministerium geförderten Projekte „gegen Linksextreme“ Ansätze verfolgen, die wissenschaftlich mehr als zweifelhaft sind.

Politiker und Behörden, die bei jeder Gelegenheit Rechts- und „Linksextremismus“ in einem Atemzug nennen, begründen dies häufig damit, dass beide Spektren den Kern der Verfassung, die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ (fdGo), ablehnten. Diese Sichtweise reduziert die politische Landschaft der Bundesrepublik auf das Bild, die demokratische Mitte sei von „feindlichen extremistischen“ Rändern umgeben.

Problematisch an diesem Modell ist, dass es suggeriert, die Mitte sei ein Hort der Demokratie und Menschenrechte. Das ist jedoch nicht richtig, wie die 2010 erschienene Studie „Die Mitte in der Krise“ der Friedrich-Ebert-Stiftung* zeigt. Demzufolge wünschen sich 13,2 Prozent der Bundesbürger einen Führer, „der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, und 35,6 Prozent sehen die „Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Nur wenige, die diesen Aussagen zustimmen, würden die Verfechter des Extremismusmodells jenseits der Mitte verorten.

Aber auch bei Positionen, Gruppen oder Initiativen, die in den Berichten des Verfassungsschutzes (VS) als extremistisch eingestuft werden, fehlt zumeist eine Begründung, warum dies geschieht. Überprüft man die Texte genauer, erscheint das, was der VS als



Cartoon: Thomas Pfaffmann

„linksextrem“ einstuft, weitgehend willkürlich. So wird im aktuellen VS-Report aus Bayern die gesamte Linkspartei als extremistisch eingeordnet, während dies im Thüringer VS-Bericht nur bei der „Kommunistischen Plattform“ der Fall ist und die Partei im Brandenburger Bericht überhaupt nicht erwähnt wird. Damit wird Behörden, die als Teil der Exekutive selbst nicht frei von politischen Interessenslagen sind, überlassen, eine Grenze zwischen legitimer Kritik und Demokratiefreundlichkeit zu ziehen. Das trifft zwar auch auf den Umgang mit dem Rechtsextremismus zu. Der Unterschied: Hier gibt es viel sozialwissenschaftliche Forschung. Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Einstellungen umreißen das braune Umfeld klar. Der „Linksextremismus“ ist jedoch nur durch das schwammige Extremismusmodell definiert. Eine genauere Analyse der Phänomene, die als „linksextrem“ gewertet werden, findet selten statt. Was antideutsche Israel-freunde, vegane Tierrechtler, autoritäre Stalinfans oder sozialistische Jugendverbände gemein haben sollen, ist nach wie vor nicht geklärt.

Was ist das Problem?

Das Gerede vom „Linksextremismus“ verknüpfen Medien oft mit Bildern schwarz verummter Steinewerfer und brennender Autos. Die wenigen Versuche, solche Aktionsformen zu untersuchen, stellen die Behauptung einer „neuen Qualität linksextremer Gewalt“ jedoch infrage.

So erforschte beispielsweise eine vom Berliner Senat in Auftrag gegebene Studie die Gewaltdynamiken während der Ausschreitungen am 1. Mai 2009 in der Hauptstadt. Es stellte sich heraus, dass zwar knapp die Hälfte der Festgenommenen schon einmal straffällig geworden ist, jedoch nur sieben Prozent dieser Vorstrafen politisch motiviert waren. 87,5 Prozent der mutmaßlichen Täter, die sich zu ihren Beweggründen äußerten, nannten erlebnisorientierte (Neugier, Spaß etc.) und nicht politische Motive für ihre Delikte. Ergebnisse, die der medialen Lesart „linksextremer Ausschreitungen“ widersprechen. Auch die Statistiken über Beweggründe, Autos anzuzünden, sind auf den zwei-

ten Blick weniger eindeutig als zunächst medial suggeriert: Knapp die Hälfte aller Autobrandstiftungen in Berlin werden offiziell als politisch links motivierte Taten interpretiert, der Anteil in Hamburg beträgt nur sechs Prozent. Diese Differenz entsteht, weil die Behörden unterschiedlich zählen. Während in Hamburg ein Bekenner schreiben vorliegen oder ein deutlicher politischer Tatkontext erkennbar sein muss, bestätigte die Berliner Polizei gegenüber dem ARD-Magazin Panorama: „Wenn der [ein Hartz-IV-Empfänger] sich etwa ärgert, dass sich ein anderer noch ein Auto leisten kann und durch die Straßen geht und es anzündet, rechnen wir es als linkspolitische Tat.“ Obwohl Expertinnen und Experten Trittbrettfahrer, Versicherungsbetrüger oder andere – jedenfalls keine politischen – Anlässe vermuten, ist diese Einsicht bei den Behörden noch nicht angekommen. Hinzu kommt, dass die Statistik über politisch motivierte Kriminalität nicht „lebend“ geführt wird. Auch wenn Verfahren von als „linksextrem“ klassifizierten Straftaten eingestellt werden oder deren politische Motivation ausgeschlossen wird, bleiben sie in den Statistiken der Verfassungsschutzberichte stehen. Eine Ausnahme macht der Verfassungsschutz Niedersachsen**.

„Wir wissen nichts, aber zahlen alles.“ Nach diesem Motto scheint das Familienministerium das Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ offensichtlich konzipiert zu haben. Anstatt die Phänomene, die unter dem Begriff „Linksextremismus“ gefasst werden, in einem ersten Schritt intensiv zu analysieren, hat das Ministerium Präventionsprojekte gefördert, deren Materialien trotz großer wissenschaftlicher Bedenken bereits in hoher Auflage Schulen und Lehrkräften angeboten werden.

In der Lehrerhandreichung „Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern“ der Zeitbild-Stiftung*** wird zum Beispiel die Zeitung „Neues Deutschland“, die nicht einmal in den Verfassungsschutzberichten erwähnt wird, als „linksextrem“ diskreditiert. Zudem werden die Forderung nach „radikaler Umverteilung“ oder einer „sozialistischen Ordnung“ als „linksextrem“ klassifiziert. Zur Erinnerung: Die Verfassung schreibt

keine Wirtschaftsordnung vor und die SPD sieht sich noch immer dem demokratischen Sozialismus verpflichtet.

Fest steht: Gesellschaftskritische Positionen werden auf Staatskosten aktiv von gewissen politischen Kreisen und Strömungen bekämpft.

Deshalb empfiehlt die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms in ihrem Zwischenbericht eindringlich, dass das Ministerium sein Vorgehen komplett überdenken und die Begriffe überprüfen sollte. Denn unter dem Etikett „Linksextremismus“ seien sehr unterschiedliche Phänomene zusammengefasst, sodass sehr zu bezweifeln sei, „inwieweit ‚Linksextremismus‘ im sozialwissenschaftlichen und im pädagogischen Bereich einen geeigneten Oberbegriff darstellt“.

Klar ist: Es gibt keinen Grund, sich für sein Engagement gegen Rechts zu rechtfertigen oder sich in sinnlose Extremismusdebatten verwickeln zu lassen.

Maximilian Fuhrmann,
Soziologe, 2011 Mitarbeit in der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms
„Initiative Demokratie stärken“

Weitere Informationen

www.netzwerk-courage.de
www.extrem-demokratisch.de

*<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>

**www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.

***www.zeitbild-stiftung.de/pic/demokratie_starken_linksextremismus_verhindern/ZBWissen_Linksextremismus.pdf

